

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Ebeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt  
Rieser  
Herausg. Nr. 52.  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Weihen behördlichseits bestimmte Blatt.

Postkonton:  
Verband 1880.  
Steuern:  
Rieser Nr. 52.

Nr. 50.

Donnerstag, 28. Februar 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Besondere, gegen Bezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellung. Für den Rest des Monats von Produktionsveränderungen, Beschreibungen der Böden und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Abgaben für die Nummer des Abgabebetags sind bis 9 Uhr vormittags anzubringen und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 28 von dreizehn 3 von sechs Wochenzeitung (6 Wochen) 25 Gold-Pfennige; die 28 von dreizehn Wochenzeitung 100 Gold-Pfennige; getrennter und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Jede Lieferung enthält einen Kupon, wenn der Betrag erfüllt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Spaziergang an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unabweislicher Ereignisse des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerinseinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Fortsetzung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Thiemann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

## Volksgeundheit als Aufgabe.

Die Aufforderung: „Werde gesund!“ hat man als kategorischen Imperativ an den einzelnen gerichtet. Er gilt aber auch für Völker in ihrer Gesamtheit. Krankheit ist nicht nur Schicksal, sondern teilweise auch Schuld. Da wo der Volkswille gebildet wird und Tugenden zeugt, bei den Regierungen und in den Parlamenten, kann mangelnder Gesundheit die großen Volksleiden geschehen. Es ist viel Fahrlässigkeit und viel able Gemohnheit, was die Gesundheit des einzelnen gefährdet. Es gibt auch able soziale Gewohnheiten und politische Fahrlässigkeit. Sowohl der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages wie der Preussische Landtag haben sich in den letzten Tagen mit den Fragen der Volksgeundheit befaßt. Hat sich diese gebessert oder verschlechtert? Ein eindeutiges Bild hat man aus den Beratungen über den preussischen Wohlfahrtsrat nicht gewonnen. Der Minister Graf Hoyer-Hoyer hat an den Eingang seiner Ausführungen die Behauptung, daß sich der Gesundheitszustand der preussischen Bevölkerung im Jahre 1928 gebessert habe. Die Diskussionsredner bezogen dagegen eher eine Verschlechterung fest. Zurückgegangen ist die Sterblichkeit, aber die Grippe hat die Todesfälle unter den Erwachsenen gesteigert, und die Zahl der Neugeborenen geht heute schon in die Hunderttausende. Wenn die Zahl der Tuberkulose-Erkrankungen einmal in einem Jahre etwas sinkt, so hat man leider doch keine Gewähr, daß es sich dabei um eine stetige Abwärtsentwicklung handelt.

Auf keinen Fall haben wir Grund zu übermäßigem Optimismus. Bei der schweren Wirtschaftslage unseres Volkes wäre das ja auch ein Wunder. Andererseits hat es den wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegenüber gewisse Widerstandskraft nötig, und es muß wenigstens innerhalb der zur Verfügung stehenden Mittel dafür gesorgt werden, sie zu erhalten. Ein paar Kreisärzte mehr würden wirklich keine Millionen kosten. Wenn aber ein Kreis- oder ein Stadtrat auf 400 000 oder 500 000 Einwohner kommt, da kann er selbst bei größter Gewissenhaftigkeit nichts Entscheidendes für die Volksgeundheit leisten. Und wenn die Fabrikanen von Arzneimitteln die Preise doppelt so hoch festsetzen, als es nach den Herstellungskosten nötig wäre, so bedeutet das eine Bewunderung der Volksnot, die selbst der Regierung abgestellt werden könnte, ohne daß es dem Staat überhaupt etwas kostete. Man hört mit Staunen, daß zwischen Reichsgesundheitsamt und Staatsregierung über Arzneipreise hin und her verhandelt wird, daß sich eine Fabrik verpflichtet, ihre Preise um 40 Prozent herabzusetzen, und diesen Preis 5 Jahre lang zu halten, daß aber nun die übrigen Fabriken durch eine rückwärtslose Unterbietung diese eine Fabrik im Konkurrenzkampf zu erliegen suchen, um nachher wieder die alte Preisstufe halten zu können. Mehr Einfluß hat also Reichsgesundheitsamt samt Ministerien auf eine für die Volksgeundheit so entscheidende Angelegenheit nicht? Und wieviel Kranken kann nicht geholfen werden, weil ihnen die wirksamsten Arzneimittel zu teuer sind! Wie schwer werden auch die Krankenkassen überlastet, wenn sie die Arzneien mit 40 Prozent zu teuer bezahlen müssen! Diese Summen gehen hoch in die Millionen und bedeuten eine direkte Krankenzahlung im Kampfe gegen die Volkskrankheiten. Auch die übermäßige Ausbeutung der Arbeitskraft des Pflanzepersonals, insbesondere der Krankenschwestern, rächt sich leicht Endes zumeist an den unglücklichen Patienten.

Ob man den Gebieter rüchgang wirklich am besten bekämpft, wenn man den Strafparagrafen gegen die Abtreibung unehelicher Kinder aufrecht erhält, wie der Minister meint, ist eine Streitfrage. Man sollte sie jedenfalls mehr nach ärztlichen und hygienischen als nach moralischen Gesichtspunkten entscheiden. Hygienische Rücksichten sind letzten Endes auch moralische Rücksichten. Verhütungsmittel werden die gesamte Umwelt in der die schwangere Frau lebt, und in die das unter Umständen kranke Kind hineingeboren würde. Es lassen sich sehr wohl Situationen denken, wo ein vernünftiger Mensch es nicht gut verantworten könnte, der blind waltenden Natur einfach den Lauf zu lassen. Zugucken ist, daß das Problem kompliziert ist und den Arzt mit besonders schwerer Verantwortung belastet. Wie in diesem Falle, wird aber auch in vielen anderen der Arzt der Zukunft mehr sein müssen, als ein bloßer Mediziner. Der Wunderglaube an die Heilkraft der Arznei an sich hat auch in der Welt weit schon einer umfassenderen Anschauung Platz gemacht. Überall muß die Gesamtheit der Verhältnisse, die Konstitution des Patienten und seine Umwelt berücksichtigt werden. Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten sind zu einem großen Teil Wohnungskrankheiten. Da findet die Macht des Arztes überall ihre Grenzen, wo der Sozialpolitiker verortet. Da müßte neben der Wohnung auch der Beruf gewichtet werden. Beratung der Angehörigen, der Schutz vor der Ansteckung ist nicht unbedeutend, als die Heilung des Kranken. Was hilft die Ausschaltung des einen Krankheitsträgers, wenn er seine Krankheit an eine Vielzahl von Menschen in seiner Umgebung weitergibt? Was helfen auch die besten Desinfektionsmittel, wenn der Patient nachher wieder in die alten, unglücklichen Verhältnisse zurückzuführen gezwungen ist? Es ist leicht gesagt: „Werde gesund!“ Aber es gehört viel härtere Wille dazu. Wie sehr es an harten Willen in unserer Politik gebricht, zeigen leider Reklamationskrisen und Parlamentsverhandlungen bis zum Ueberdruß. Der besorgniserregende Zustand unserer Volksgeundheit hängt zum Teil auch mit dieser

## Der Reichstag fordert den Bau der Rheinbrücken.

### Die kommunistischen Mißtrauensanträge abgelehnt.

Abg. Berlin, 27. Februar.  
Auf der Tagesordnung steht eine Interpretation des Entwurfs, die sich damit beschäftigt, daß die Antwort auf den Antrag zum

### Von drei neuen Rheinbrücken

bei Ludwigshafen, Speyer und Mainz verortet wurde, bis die Gesamtprüfung der allgemeinen Frage der Einrichtung der rheinischen Eisenbahnen durch die Reichstagskonferenz beendet ist.

Abg. Dr. Fritsch (Nat.-Soz.) beantragt die Verbetragung des Außenministers Dr. Stresemann, da es sich hier um eine außenpolitische Frage handle.

Der Antrag wird gegen die Nationalsozialisten und Deutschnationalen abgelehnt.

Abg. Hofmann-Ludwigshafen (Zentr.) begründet die Interpretation. Die von der Reichstagskonferenz angeforderte Gesamtprüfung der rheinischen Eisenbahnfragen könne sehr lange dauern, denn trotz aller Verhandlungsbereitschaft sei Frankreich immer bestrebt, die deutsche Wirtschaft und das deutsche Verkehrsnetz zu schwächen. Der gesteigerte Verkehr mache aber eine Beschleunigung des Baues der drei Rheinbrücken dringend notwendig.

Reichsverkehrsminister Dr. Schädel beantwortet die Interpretation. Die Reichsregierung erkenne das Bedürfnis zum schleunigen Bau der drei Brücken durchaus an. Sie habe auch keine Gelegenheit verkannt, bei der Reichstagskonferenz auf Beschleunigung der Angelegenheit zu drängen. Erst in jüngster Zeit sei deshalb wieder ein diplomatischer Schritt erfolgt. Die Reichsregierung werde weiter mit allem Nachdruck die Angelegenheit verfolgen. Für die vielen Unfälle, die sich aus dem Fehlen der drei Rheinbrücken ergeben, falle die Verantwortung der Befehlshaberbehörde zu.

Abg. Dr. Henneke-Baden (Soz.) protestiert gegen die Haltung der Reichstagskonferenz, die in diesem Falle die Beschleunigung eines dringenden Verkehrsbedarfes der Bevölkerung verhinere.

Abg. Dr. Jasp (D.D.P.) erklärt, daß die Deutsche Volkspartei, die Demokraten, die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftspartei in dieser Aussprache nicht das Wort nehmen würden, da das ganze Volk einig sei in der Beurteilung der Haltung der Reichstagskonferenz.

Abg. Dr. v. Dröbner (Dnat.) beantragt die Vorlegung einer geschlossenen Darstellung, welche Auswirkungen die Einerte auf die Entwicklung des rheinischen Verkehrsnetzes ausgeübt hat. Die Schließung des rheinischen Verkehrsnetzes im Verein mit anderen Eingriffen sei ein System, das durch die Hebung des Paritätsfußes gekennzeichnet werde, Frankreich brauche die Defensivlinie Saarbrücken—Dunrad—Eifel.

Abg. Schrey (Komm.) beantragt die Aufhebung des Brückengeldes für die Brücke Mannheim-Ludwigshafen.

Abg. Jullier (Christl. Nat. Bauernpartei) schließt sich dem Protest gegen die Haltung der Reichstagskonferenz an.

Abg. Dr. Fritsch (Nat.-Soz.) macht die Verständigungslosigkeit der Regierung für die bestehenden Zustände verantwortlich. Er erhält einen Ordnungsruf für den Schlußsatz: „An den Galgen mit den Verdreckern, die uns schon Jahre lang irreführt haben.“

Nach einem Schlußwort des Abg. Dr. Köhler (Zentr.) wird der kommunistische Antrag angenommen, ebenso der Antrag der Deutschnationalen.

politischen Willensschwäche zusammen. Möchten sich Staatsbürger und Staatsbürgerinnen bei den Wahlen auch einmal solcher Zusammenhänge erinnern.

## Gegen die Meinelidscheube.

Abg. Berlin. Der Strafrechtsausschuß des Reichstages lehnte am Mittwoch die Generaldebatte über den die Meidelidscheube betreffenden Abchnitt fort, ohne daß ein Beschluß gefaßt wurde.

Abg. Dr. Ebermann (Dem.) führte aus, daß die Vorschläge der Reichsregierung die einzige Möglichkeit darstellten, unter voller Sicherung der Rechtspflege die Häufigkeit der Verurteilungen wirksam einzuschränken. Der Eid selbst sei nicht zu empfehlen, namentlich wenn man die Verhältnisse in den ländlichen Gegenden in Betracht ziehe.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärte in den Vorschlägen des Justizministers eine geeignete Grundlegung, um der Eideschwüre Einhalt zu gebieten. Zu bedauern sei, daß der Justizminister sich noch nicht habe entschließen können, den Zeugeneid als letztes Mittel zur Erforschung der Wahrheit zu beistellen.

Vorz. Abg. Dr. Kahl (D.D.P.) führte aus, daß Strafgeschichten für das Volk als Warnungstafel wirken. Die Vorlage des Ministers könne aber keinen großen Eindruck auf das Publikum machen. Klagen ließen sich niemals aus der Welt schaffen. Es käme auf die Befestigung der Rheinbrücken beim Eide an und hier gebe es im Strafprozess keinen anderen Weg als die Befestigung des Eides, zumal nach der Einführung des nichtreligiösen Eides. Die Rombeide des Eides könne jetzt angesetzt werden. Es sei durchaus anzudeuten, wenn derjenige bestraft würde, der

## Abtinnung über die kommunistischen Mißtrauensanträge.

Es folgt die gestern zurückgestellte Abstimmung über die kommunistischen Mißtrauensanträge. Der Mißtrauensentwurf gegen das Gesamtkabinett wird gegen Kommunisten, Deutschnationalen und Nationalsozialisten, der Mißtrauensentwurf gegen den Reichsminister Grafen gegen Kommunisten und Nationalsozialisten bei Stimmhaltung der Deutschnationalen abgelehnt.

## Zur zweiten Beratung kommt darauf das Zusatzabkommen zum Handelsvertrag mit Südmalawien.

Abg. v. Staßendorn (Dnat.) beschließt die Beratung des Handelsvertrages von 5 auf 250 Mark in dem Zusatzabkommen.

Die Abg. Grafen (D.D.P.) und v. Engel (Christl. Nat. Bauernpartei) lehnen gleichfalls das Abkommen ab, während die Abg. Grafen (Soz.) die Beratung des Handelsvertrages im Interesse der Volksernährung begrüßt.

Reichsernährungsminister Dietrich erklärt, der Gedanke einer Beratung des Handelsvertrages sei aus der Verantwortung an ihn herangefallen und die Bayerische Regierung habe ihn sich zu eigen gemacht. (Hört! Hört!) Nach der Erklärung der sachverständigen Stellen werde die Kartoffelproduktion dadurch in keiner Weise geschädigt.

Abg. Tuchen (Dem.) führt aus, eine Beratung der Futtermittelfrage liege im wohlverstandenen Interesse der Deutschen Bauernschaft.

Abg. Gamske (D.D.P.) ist für Beratung des Gesetzes für Futtermittel, aber gegen die Ermächtigung der Industrieminister.

Abg. Stöcker (Komm.) fordert völlige Zollfreiheit für Reis.

Abg. Stöcker (Komm.) fordert völlige Zollfreiheit für Reis.

Abg. Sandorfer (Dt. Bauernpartei) erklärt, die Bayerischen Bauern hätten zwar von einer Beratung des Handelsvertrages keinen Schaden, aber sie würden im Interesse der norddeutschen Bauern darauf verzichten.

Reichsernährungsminister Dietrich erinnert die Deutschnationalen daran, daß die erste Senkung des Weizenzollens im Jahre 1927 von dem deutschnationalen Ernährungsminister Schiele durchgeführt worden sei.

Abg. Graf, zu Stolberg (D.D.P.) weist auf die Verschiedenartigkeit der landwirtschaftlichen Verhältnisse in den einzelnen Gebieten hin. In manchen Gebieten bestehe ein großes Bedürfnis nach Futtermittel. Man dürfe nicht ausschließlich von den ostdeutschen Verhältnissen ausgehen.

Das Zusatzabkommen wird hierauf im Gesamtsprache mit 125 gegen 112 Stimmen in 2. Beratung angenommen.

Die namentliche Abstimmung in dritter Beratung ergibt die Annahme des Zusatzabkommens mit 250 gegen 135 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen angenommen.

Um 6 Uhr verortet sich das Haus auf Donnerstag, zwei Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Anträge der Deutschen Volkspartei auf Parlamentsreform durch Einschränkung der Ausgaben-Bewilligung.

wissenschaftlich vor Gericht die Unwahrscheinlichkeit sage aber die Wahrheit verschweige. Als Grundkraft müßte zunächst bestehen bleiben. — Eine solche einfache Bestimmung genüge vollkommen und würde auch als Warnung unendlich mehr wirken als das jetzt sehr komplizierte System.

Reichsjustizminister Koch-Weser erklärte, daß er mit Rücksicht auf die schwerwiegenden Einwendungen der Landesregierungen die Verantwortung für die vollständige Abschaffung des Eides nicht übernehmen könne. Ueber die Höhe der Strafe bei wissenschaftlich falscher Befestigung werde sich reden lassen.

Darauf verortete sich der Ausschuss.

## Beamtenfragen im Haushaltsausschuß.

Abg. Berlin. Der Haushaltsausschuß des Reichstages lehnte am Mittwoch die zweite Lesung des Etats des Ministeriums des Innern fort. Hierbei wurden weiterhin Beamtenfragen besprochen, insbesondere auch die Überführung weiblicher Angestellten in das Beamtenverhältnis und die Frage, ob Staatsbeamte Mitglieder des Reichsbundes sein dürften.

Der Minister des Innern Eberling führte dabei aus, daß nach den letzten Erklärungen des Reichspräsidenten gegenüber dem Reichspräsidenten die Frage nicht mehr brennend sei, ob gegen die Mitgliedschaft von Beamten im Reichsbund vorgegangen werden solle. Er werde aber abwarten, wie sich die Erklärungen des Reichspräsidenten in der Praxis auswirken würden. Der Minister erklärte ferner, auf die Verortung einer kommunalpolitischen Abteilung in seinem Ministerium nicht verzichten zu können. Die Beratung wird heute Donnerstag fortgesetzt.